

Der Text dieser Prüfungsordnung ist nach dem aktuellen Stand sorgfältig erstellt; gleichwohl ist ein Irrtum nicht ausgeschlossen. Verbindlich ist der amtliche, beim Prüfungsamt einsehbare Text

Hinweis:

Die Prüfungsordnung in der Fassung der Änderungssatzung vom 26. Mai 2000 ist anwendbar auf Studenten, die **ab** dem WS 2000/2001 das Aufbaustudium aufnehmen.

Studenten, die **vor** dem WS 2000/2001 das Aufbaustudium aufgenommen haben, werden nach der Prüfungsordnung in der Fassung der Änderungssatzung vom

26. August 1999 - **DPO alt** (http://www.uni-erlangen.de/universitaet/organisation/recht/Studiensatzungen/EWF/PO_Psychogerontologie_ALT.pdf) - geprüft.

Studenten können auf Antrag in den Masterstudiengang Gerontologie wechseln und werden nach dieser PrO geprüft (<http://www.uni-erlangen.de/universitaet/organisation/recht/studiensatzungen/EWF/PrO-MA-Gerontologie.pdf>).

- DPO neu -

**Prüfungsordnung
für das Aufbaustudium Psychogerontologie
an der Universität Erlangen-Nürnberg
Vom 20. Juni 1986 (KWMBI II S. 286)**

geändert durch Satzungen vom
28. Juli 1988 (KWMBI II S. 218)
3. Juni 1993 (KWMBI II S. 584)
16. August 1996 (KWMBI II S. 378)
17. Dezember 1996 (KWMBI II 1997 S. 379)
26. August 1999 (KWMBI II S. 981)
26. Mai 2000 (KWMBI II S. 981)
12. April 2002 (KWMBI II 2003 S. 1232)
6. Dezember 2002 (KWMBI II 2003 S. 1699)
26. Januar 2004 (KWMBI II S. 1041)

Aufgrund von Art. 6, Art. 81 und Art. 86 Abs. 1 Satz 5 des Bayerischen Hochschulgesetzes sowie des § 51 Abs. 1 der Qualifikationsverordnung - QualIV - (BayRS 2210-1-1-3-K) erlässt die Universität Erlangen-Nürnberg folgende Prüfungsordnung:

Vorbemerkung zum Sprachgebrauch:

Die Bezeichnung weiblicher und männlicher Personen durch die jeweils maskuline Form in der nachstehenden Satzung bringt den Auftrag der Hochschule, im Rahmen ihrer Aufgaben die verfassungsrechtlich gebotene Gleichstellung von Mann und Frau zu verwirklichen und die für die Frauen bestehenden Nachteile zu beseitigen, sprachlich nicht angemessen zum Ausdruck. Auf die Verwendung von Doppelformen oder andere Kennzeichnungen für weibliche und männliche Personen (z.B. Bewerberin/Bewerber) wird jedoch verzichtet, um die Lesbarkeit und Übersichtlichkeit zu wahren. Mit allen im Text verwendeten Personenbezeichnungen sind stets beide Geschlechter gemeint.

I. Allgemeine Bestimmungen

§ 1 Zweck der Prüfung, Diplomgrad

(1) Durch die Prüfung soll der Kandidat nachweisen, dass er durch das Aufbaustudium Psychogerontologie über sein Fachstudium hinaus besondere Kenntnisse auf dem Gebiet der Psychogerontologie erworben hat und damit das Ziel des Studiums erreicht hat.

(2) Aufgrund der bestandenen Prüfung wird der Grad "Diplompsychogerontologe Univ. (postgrad.)" beziehungsweise "Diplompsychogerontologin Univ. (postgrad.)" verliehen, an Absolventinnen auf Antrag in männlicher Form.

§ 2 Qualifikation

(1) Die Qualifikation für das Aufbaustudium Psychogerontologie wird nachgewiesen durch eines der nachfolgend aufgeführten Diplome:

1. das Diplom in Psychologie (an einer wissenschaftlichen Hochschule erworben),
 2. das Diplom in Pädagogik (an einer wissenschaftlichen Hochschule erworben),
 3. das Diplom in Soziologie (an einer wissenschaftlichen Hochschule erworben),
 4. das Diplom als Sozialwirt (an einer wissenschaftlichen Hochschule erworben),
 5. ein anderes abgeschlossenes Studium an einer wissenschaftlichen Hochschule, das einen ausgeprägten fachlichen Bezug zum Studium der Psychogerontologie erkennen lässt
- oder

6. das mit einem Diplom einer Fachhochschule mit einer Gesamtnote von mindestens 2.0 abgeschlossene auf einer Regelstudienzeit von acht Semestern beruhende Studium der Sozialpädagogik, der Sozialarbeit oder der Pflegewissenschaft, wenn durch Studium oder Berufstätigkeit ein ausgeprägter Bezug zur Psychogerontologie nachgewiesen ist.

(2) Ob die Voraussetzungen nach Absatz 1 Nrn. 5 und 6 gegeben sind, stellt der Prüfungsausschuss (§ 4) auf Antrag des Studienbewerbers in einem schriftlichen Bescheid fest, der bei der Immatrikulation vorzulegen ist; § 4 Abs. 7 gilt entsprechend.

§ 3 Studiendauer, Prüfungen

(1) ¹Die Studienzeit einschließlich Prüfungszeit beträgt im Regelfall vier Fachsemester. ²Der Höchstumfang der für ein planmäßiges Studium erforderlichen Lehrveranstaltungen beträgt 62 SWS.

(2) Die Einzelprüfungen werden studienbegleitend und, soweit nichts anderes vorgeschrieben ist, in der Zeit unmittelbar nach allgemeinem Vorlesungsende erbracht.

(3) ¹Der Kandidat soll sich so rechtzeitig zur Prüfung anmelden, dass er sie mit allen Prüfungsleistungen einschließlich der Diplomarbeit bis zum Beginn der Vorlesungszeit des fünften Semesters ablegen kann; die Frist kann bis zu zwei Semester überschritten werden. ²Überschreitet der Kandidat die Frist nach Satz 1 Halbsatz 2 aus Gründen, die er zu vertreten hat, so gelten die noch nicht absolvierten Prüfungsleistungen einschließlich der Diplomarbeit als erstmals nicht bestanden. ³Die Frist verlängert sich um die Inanspruchnahme der Schutzfristen des § 3 Abs. 2 und des § 6 Abs. 1 des Mutterschutzgesetzes sowie der Fristen für die Gewährung von Erziehungsurlaub nach Art. 88 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 Bayerisches Beamtenengesetz (BayBG),

§§ 12 bis 15 Urlaubsverordnung. ⁴Strebt der Kandidat die Promotion mit einer Arbeit an, die anstelle der Diplomarbeit gemäß § 19 Abs. 6 für das Aufbaustudium Psychogerontologie eingereicht werden soll, so kann auf Antrag des Kandidaten die Meldefrist zur Prüfung durch den Prüfungsausschuss verlängert werden. ⁵Dem Antrag ist eine Bestätigung des Betreuers der Dissertation über das Thema der Dissertation und den voraussichtlichen Zeitpunkt des Abschlusses der Promotion beizufügen.

(4) Die Prüfungstermine und Meldefristen werden durch Aushang bekannt gegeben.

§ 4 Prüfungsausschuss

(1) ¹Für die Organisation und die Durchführung der Prüfungen im Aufbaustudium Psychogerontologie wird vom Fachbereichsrat der Erziehungswissenschaftlichen Fakultät ein Prüfungsausschuss gebildet. ²Der Ausschuss ist für alle Entscheidungen im Prüfungsverfahren zuständig, soweit in dieser Prüfungsordnung oder in anderen gesetzlichen Vorschriften nichts anderes bestimmt ist. ³Die Amtszeit der Mitglieder beträgt drei Jahre; eine Wiederbestellung ist möglich.

(2) ¹Dem Prüfungsausschuss gehören fünf Mitglieder an: Drei Mitglieder aus dem Bereich der Psychologie sowie ein Mitglied aus dem Bereich der Medizin und ein Mitglied aus den anderen am Aufbaustudiengang Psychogerontologie beteiligten Fächern. ²Wenigstens ein Mitglied des Prüfungsausschusses muss Professor der Psychologie, die übrigen Mitglieder müssen Hochschullehrer im Sinne des Art. 2 Abs. 3 des Bayerischen Hochschullehrergesetzes sein. ³Der Prüfungsausschuss wählt einen Professor der Psychologie zum Vorsitzenden, ferner ein weiteres Mitglied des Prüfungsausschusses zum Stellvertreter.

(3) Der Prüfungsausschuss achtet darauf, dass die Bestimmungen der Prüfungsordnung eingehalten werden.

(4) ¹Der Prüfungsausschuss ist beschlussfähig, wenn sämtliche Mitglieder ordnungsgemäß unter Einhaltung einer mindestens dreitägigen Ladungsfrist geladen sind und die Mehrheit der Mitglieder anwesend und stimmberechtigt ist. ²Er beschließt mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen. ³Bei Stimmgleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag. ⁴Stimmenthaltung, geheime Abstimmung und Stimmrechtsübertragung sind nicht zulässig.

(5) ¹Der Vorsitzende beruft die Sitzungen des Prüfungsausschusses ein. ²Er ist befugt, anstelle des Prüfungsausschusses unaufschiebbare Entscheidungen allein zu treffen. ³Hiervon hat er den Prüfungsausschuss unverzüglich in Kenntnis zu setzen. ⁴Darüberhinaus kann, soweit diese Prüfungsordnung nichts anderes bestimmt, der Prüfungsausschuss dem Vorsitzenden oder anderen Mitgliedern die Erledigung bestimmter Aufgaben widerruflich übertragen.

(6) ¹Über jede Sitzung ist eine Niederschrift anzufertigen. ²Diese muss Tag und Ort der Sitzung, die Namen der Anwesenden, die behandelten Gegenstände sowie Anträge, Beschlüsse und das jeweilige Abstimmungsergebnis enthalten.

(7) ¹Bescheide in Prüfungsangelegenheiten, durch die jemand in seinen Rechten beeinträchtigt werden kann, bedürfen der Schriftform; sie sind zu begründen und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen. ²Dem Kandidaten ist vor ablehnenden

Entscheidungen Gelegenheit zur Äußerung zu geben. ³Widerspruchsbescheide werden vom Rektor im Benehmen mit dem Prüfungsausschuss und den zuständigen Prüfern erlassen. ⁴(gegenstandslos)

§ 5 Prüfer und Beisitzer

(1) ¹Der Prüfungsausschuss bestellt die Prüfer und Beisitzer. ²Er kann die Bestellung dem Vorsitzenden übertragen.

(2) ¹Zu Prüfern können alle Hochschullehrer sowie nach der Hochschulprüfungsverordnung (BayRS 2210-1-1-6-K) in der jeweils geltenden Fassung zur Abnahme von Hochschulprüfungen befugte, weitere Personen bestellt werden. ²Es sollen nur Personen bestellt werden, die innerhalb des Aufbaustudiums eine eigenverantwortliche Lehrtätigkeit im Prüfungsfach ausgeübt haben. ³Sätze 1 und 2 gelten entsprechend für die Betreuer und Gutachter der Diplomarbeit.

(3) Für die Bestellung der Prüfer für die mündliche Prüfung hat der Kandidat ein Vorschlagsrecht; ein Rechtsanspruch auf die Bestellung der vorgeschlagenen Prüfer besteht nicht.

(4) Zum Beisitzer kann bestellt werden, wer die Diplomprüfung in Psychologie oder eine vergleichbare Prüfung bestanden hat.

(5) ¹Die Bestellung zu Prüfern soll in geeigneter Form bekannt gegeben werden. ²Ein kurzfristig vor Beginn der Prüfung aus zwingenden Gründen notwendig werdender Wechsel des Prüfers ist zulässig. ³Scheidet ein prüfungsberechtigtes Hochschulmitglied aus der Hochschule aus, so bleibt dessen Prüfungsberechtigung in der Regel solange erhalten, bis die von ihm in dem entsprechenden Prüfungsfach ausgebildeten Studenten zur Prüfung anstehen.

(6) Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses und sein Stellvertreter haben das Recht, den Prüfungen beizuwohnen.

(7) ¹Bei mündlichen Prüfungen werden Studenten, die sich der gleichen Prüfung unterziehen wollen, im Rahmen der räumlichen Möglichkeiten als Zuhörer zugelassen. ²Auf Verlangen des Kandidaten werden Zuhörer ausgeschlossen.

(8) Die Beratung und die Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses erfolgen unter Ausschluss der Öffentlichkeit.

§ 6 Ausschluss wegen persönlicher Beteiligung, Verschwiegenheitspflicht

(1) Der Ausschluss von der Beratung und Abstimmung im Prüfungsausschuss sowie von einer Prüfungstätigkeit wegen persönlicher Beteiligung bestimmt sich nach Art. 50 BayHSchG.

(2) Die Pflicht der Mitglieder des Prüfungsausschusses, der Prüfer, der Prüfungsbeisitzer und sonstiger mit Prüfungsangelegenheiten befasster Personen zur Verschwiegenheit bestimmt sich nach Art. 18 Abs. 4 BayHSchG.

§ 7 Bekanntgabe der Prüfungstermine und Prüfer

(1) Die Prüfungen werden in der Regel einmal innerhalb eines jeden Semesters abgehalten.

(2) Der Prüfungsbeginn ist vom Vorsitzenden des Prüfungsausschusses mit Angabe der Meldefrist für die Bewerber spätestens zwei Monate vorher, jedenfalls noch während der Vorlesungszeit, durch Aushang bekannt zu geben.

(3) Die Termine der Prüfung in den einzelnen Fächern und die Prüfungsräume werden spätestens zwei Wochen vorher durch Aushang bekannt gegeben.

§ 8 Anrechnung von Studienleistungen

Studienzeiten aus einschlägigen Studiengängen sowie dabei erbrachte Studienleistungen (z.B. aus dem Vertiefungsfach Gerontopsychologie des Diplomstudienganges Psychologie) können auf Antrag durch den Prüfungsausschuss angerechnet werden.

§ 9 Rücktritt, Versäumnis, Täuschung, Ordnungsverstoß, Prüfungsmängel

(1) Tritt der Kandidat nach der Zulassung zu einer Prüfung ohne triftige Gründe zurück, versäumt er ohne triftige Gründe die ganze oder einen Teil der Prüfung oder zeigt er die für den Rücktritt oder das Versäumnis maßgeblichen Gründe nicht unverzüglich an, so gilt die jeweilige Prüfung, zu der er zugelassen worden ist, als abgelegt und nicht bestanden.

(2) ¹Die für den Rücktritt oder das Versäumnis geltend gemachten Gründe müssen dem Prüfungsausschuss unverzüglich schriftlich angezeigt und glaubhaft gemacht werden. ²Erkennt der Prüfungsausschuss die vorgebrachten Gründe als ausreichende Entschuldigung an, so wird dem Kandidaten mitgeteilt, zu welchem Prüfungstermin er wieder zur Prüfung anzutreten hat. ³Die bereits vorliegenden Prüfungsergebnisse sind in diesem Fall anzurechnen.

(3) Versucht ein Kandidat das Ergebnis einer Prüfungsleistung durch Unterschleif, Täuschung oder Benutzung nicht zugelassener Hilfsmittel zu beeinflussen, gilt die betreffende Prüfungsleistung als mit "nicht ausreichend" (5,0) bewertet.

(4) ¹Eine vor oder während der Prüfung eingetretene Prüfungsunfähigkeit muss unverzüglich beim Prüfungsausschussvorsitzenden geltend gemacht werden. ²Im Falle krankheitsbedingter Prüfungsunfähigkeit kann der Prüfungsausschussvorsitzende die Vorlage eines vertrauensärztlichen Attestes verlangen. ³Erweist sich, dass das Prüfungsverfahren mit Mängeln behaftet war, die das Prüfungsergebnis beeinflusst haben, ist auf Antrag eines Kandidaten oder von Amts wegen anzuordnen, dass von einem bestimmten oder von allen Kandidaten die Prüfung oder einzelne Teile derselben wiederholt werden.

(5) Vor einer Entscheidung gemäß Absatz 4 ist dem Kandidaten Gelegenheit zu geben, sich zu äußern.

§ 10 Bewertung der Leistungsnachweise, der einzelnen Teilprüfungen und Bildung der Prüfungsgesamtnote

(1) ¹Die Urteile über die einzelnen Prüfungsleistungen werden von dem jeweiligen Prüfer durch folgende Noten und Prädikate ausgedrückt:

1 = sehr gut	=	eine hervorragende Leistung;
2 = gut	=	eine Leistung, die erheblich über den durchschnittlichen Anforderungen liegt;
3 = befriedigend	=	eine Leistung, die durchschnittlichen Anforderungen entspricht;
4 = ausreichend	=	eine Leistung, die trotz ihrer Mängel noch den Anforderungen genügt;
5 = nicht ausreichend	=	eine Leistung, die wegen erheblicher Mängel ausreichend den Anforderungen nicht mehr genügt.

²Zur differenzierteren Bewertung der Leistungen können die Notenziffern um 0,3 erniedrigt beziehungsweise erhöht werden. ³Die Noten 0,7, 4,3 und 5,3 sind ausgeschlossen. ⁴Besteht eine Einzelprüfung aus Teilprüfungen, so errechnet sich die Fachnote aus dem mit Kreditpunkten gewichteten Durchschnitt der Noten der Teilprüfungen; dabei wird nur die erste Dezimalstelle hinter dem Komma ausgewiesen, weitere Dezimalstellen werden gestrichen. ⁵Zum Bestehen der Prüfung ist erforderlich, dass alle Prüfungsleistungen mit wenigstens "ausreichend" (4,0) bewertet sind.

(2) ¹Die Gesamtnote wird als mit Kreditpunkten gewichteter Durchschnitt der Noten der Fachprüfungen, der praktischen Prüfung und der Diplomarbeit gemäß der **Anlage** errechnet. ²Absatz 1 Satz 4 Halbsatz 2 gilt entsprechend.

³Die Prüfungsgesamtnote der bestandenen Prüfung lautet:

Bei einem Durchschnitt bis 1,5 = sehr gut

Bei einem Durchschnitt über 1,5 bis 2,5 = gut

Bei einem Durchschnitt über 2,5 bis 3,5 = befriedigend

Bei einem Durchschnitt über 3,5 bis 4,0 = ausreichend

§ 11 Ungültigkeit der Prüfung

(1) Hat der Kandidat bei einer Prüfung getäuscht und wird diese Tatsache erst nach der Aushändigung der Zeugnisse bekannt, so kann der Prüfungsausschuss nachträglich die betroffenen Noten entsprechend berichtigen und die Prüfung ganz oder teilweise für nicht bestanden erklären.

(2) ¹Waren die Voraussetzungen für die Zulassung zu einer Prüfung nicht erfüllt, ohne dass der Kandidat hierüber täuschen wollte, und wird diese Tatsache erst nach der Aushändigung der Zeugnisse bekannt, so wird dieser Mangel durch das Bestehen der Prüfung geheilt. ²Hat der Kandidat die Zulassung vorsätzlich zu Unrecht erwirkt, entscheidet der Prüfungsausschuss unter Beachtung der allgemeinen verwaltungsrechtlichen Grundsätzen über die Rücknahme rechtswidriger Verwaltungsakte.

(3) Dem Kandidaten ist vor einer Entscheidung gemäß Absatz 2 Gelegenheit zur Äußerung zu geben.

(4) ¹Das unrichtige Prüfungszeugnis ist einzuziehen; gegebenenfalls ist ein neues zu erteilen. ²Eine Entscheidung gemäß Absatz 2 Satz 2 ist nach einer Frist von fünf Jahren ab dem Datum des Prüfungszeugnisses ausgeschlossen.

§ 12 Einsicht in die Prüfungsakten

(1) Nach Abschluss des Prüfungsverfahrens wird dem Kandidaten auf Antrag Einsicht in seine schriftlichen Prüfungsarbeiten, die darauf bezogenen Gutachten der Prüfer und in die Prüfungsprotokolle gewährt.

(2) ¹Der Antrag ist binnen einem Monat nach Aushändigung des Prüfungszeugnisses beim Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zu stellen. ²Art. 32 des Bayerischen Verwaltungsverfahrensgesetzes (BayRS 2010-1-I) gilt entsprechend. ³Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses bestimmt Ort und Zeit der Einsichtnahme.

§ 13 Bescheinigung über eine nicht bestandene Prüfung

Hat der Kandidat die Prüfung endgültig nicht bestanden, wird ihm auf Antrag und gegen Vorlage der entsprechenden Nachweise sowie der Exmatrikulationsbescheinigung eine schriftliche Bescheinigung ausgestellt, aus der sich das Nichtbestehen der Prüfung, die in den einzelnen Prüfungsfächern erzielten Noten und die noch fehlenden Prüfungsleistungen ergeben.

§ 14 Sonderregelungen für Behinderte

(1) Macht der Kandidat durch ein ärztliches Zeugnis glaubhaft, dass er wegen länger andauernder oder ständiger körperlicher Behinderung nicht in der Lage ist, die Prüfung ganz oder teilweise in der vorgesehenen Form abzulegen, hat der Vorsitzende des Prüfungsausschusses dem Kandidaten zu gestatten, gleichwertige Studien- und Prüfungsleistungen in einer anderen Form zu erbringen.

(2) ¹Entscheidungen gemäß Absatz 1 werden nur auf schriftlichen Antrag hin getroffen. ²Bei Prüfungen ist der Antrag der Meldung zur Prüfung beizufügen.

II. Besondere Bestimmungen für die Abschlussprüfung

§ 15 Zulassungsvoraussetzungen, Zulassungsantrag, Meldung zu den Prüfungen

(1) ¹Voraussetzung für die Zulassung zur Prüfung ist

1. der Nachweis der Qualifikation für das Aufbaustudium Psychogerontologie gemäß § 2,

2. die Immatrikulation für das Aufbaustudium Psychogerontologie der Universität Erlangen-Nürnberg,

3. die Ableistung je eines sechswöchigen Praktikums in folgenden Arbeitsbereichen

a) Einrichtungen der institutionalisierten Altersversorgung (Altenheime, Pflegeheime, Psychiatrische Altenkrankenhäuser usw.) und

b) Einrichtungen der offenen Altenhilfe (Seniorenbetreuung, Essen auf Rädern, Tageskliniken usw.)

sowie je eines Berichts über diese Praktika,

4. die Teilnahme an einer Exkursion aus einem der in § 18 Abs. 1 Nr. 2 aufgeführten Bereiche.

²Die Zulassungsvoraussetzungen nach Satz 1 Nrn. 3 und 4 sind bei der Zulassung zur praktischen Prüfung nachzuweisen.

(2) ¹Der Antrag auf Zulassung zur Prüfung ist rechtzeitig an den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zu richten und schriftlich unter Benutzung der hierfür bestimm-

ten Vordrucke beim Prüfungsamt einzureichen. ²Dem Antrag sind folgende Unterlagen beizufügen, soweit sie nicht bereits beim Prüfungsamt vorliegen:

1. Zeugnis über die Qualifikation nach § 2,
2. Lebenslauf,
3. amtliches Führungszeugnis,
4. eine Erklärung darüber, ob der Kandidat bereits eine Prüfung im Aufbaustudium Psychogerontologie oder in einem Aufbaustudiengang nicht bestanden hat,
5. die Nachweise gemäß Absatz 1 Satz 1 Nrn. 3 und 4 (Absatz 1 Satz 2).

(3) Kann ein Kandidat ohne sein Verschulden die erforderlichen Unterlagen nicht in der vorgeschriebenen Art beibringen, so kann ihm der Vorsitzende des Prüfungsausschusses auf Antrag gestatten, die entsprechenden Nachweise auf andere Art zu führen.

(4) Der zur Prüfung zugelassene Kandidat hat sich innerhalb der durch Aushang bekannt gegebenen Meldefrist zu den Einzelprüfungen beim zuständigen Prüfer zu melden.

§ 16 aufgehoben

§ 17 Zulassung

(1) ¹Über die Zulassung zur Prüfung entscheidet der Vorsitzende des Prüfungsausschusses aufgrund der eingereichten Unterlagen. ²In Zweifelsfällen kann er den Antrag dem Prüfungsausschuss zur Entscheidung vorlegen.

(2) Die Zulassung ist zu versagen, wenn der Kandidat

1. die Voraussetzungen nach § 15 Abs. 1 nicht erfüllt oder
2. die Nachweise nach § 15 Abs. 2 Satz 2 nicht ordnungsgemäß oder nicht vollständig vorgelegt oder
3. die Prüfung im Aufbaustudium Psychogerontologie oder einem vergleichbaren Aufbaustudiengang endgültig nicht bestanden hat.

(3) Die Zulassungsentscheidung ist dem Kandidaten spätestens zwei Wochen nach Ende der jeweiligen Meldefrist schriftlich mitzuteilen.

§ 18 Art und Umfang der Prüfung

(1) ¹Die Prüfung umfasst folgende Prüfungsleistungen:

1. Die Anfertigung einer Diplomarbeit,
2. Einzelprüfungen in folgenden Prüfungsfächern:
 - a) Gerontopsychologie
 - b) Methodologie in der Gerontologie
 - c) Gerontologische Diagnostik und Psychometrie
 - d) Gerontologische Intervention
 - e) Geriatrie
 - f) Gerontopsychiatrie
 - g) Ernährung und Stoffwechsel
 - h) Sportwissenschaft
 - i) Soziologie
 - j) Sozialpolitik

k) Verwaltung und Organisation

l) Recht

m) Pädagogik und

n) Ethik;

sowie

3. eine praktische Prüfung in den Fächern gemäß Nummer 2 Buchst. a bis g.

²Die Prüfungsleistungen in den Prüfungsfächern gemäß Satz 1 Nr. 2 werden studienbegleitend als schriftliche und mündliche Prüfungen, als Referate mit schriftlicher Ausarbeitung oder als schriftliche Hausarbeit erbracht.

(2) ¹Der Umfang der Prüfungsleistungen nach Absatz 1 Satz 1 wird mit Hilfe von Kredit- und Maluspunkten bestimmt. ²Für jede mit wenigstens „ausreichend“ (4,0) bestandene Prüfungsleistung werden Kreditpunkte, für jede in der ersten Wiederholung nicht bestandene Prüfungsleistung Maluspunkte zugeteilt. ³Die Teilung der Einzelprüfungen nach Absatz 1 Satz 1 Nr. 2, die Form der Ablegung der Prüfungen, die Prüfungsdauer sowie die den einzelnen Prüfungsleistungen zugeordneten Kredit- und Maluspunkte ergeben sich aus der **Anlage**.

(3) ¹Für die Dauer einer Einzelprüfung oder Teilprüfung werden auf der Grundlage einer Semesterwochenstunde veranschlagt für

1. eine schriftliche Prüfung 30 Minuten,

2. eine mündliche Prüfung etwa 15 Minuten und

3. ein Referat mit schriftlicher Ausarbeitung oder eine schriftliche Hausarbeit 14 Tage.

²Der Mindestumfang einer schriftlichen Prüfung beträgt jedoch 60 Minuten. ³Der zeitliche Umfang der Einzelprüfungen und ihrer Teilprüfungen ergibt sich aus der **Anlage**.

(4) ¹Gegenstand der Prüfung sind die Fragestellungen und Probleme der genannten Fächer. ²Im Vordergrund steht dabei die praxisbezogene Anwendung wissenschaftlicher Arbeits- und Forschungsergebnisse.

§ 19 Diplomarbeit

(1) Die Diplomarbeit soll zeigen, dass der Kandidat imstande ist, Fragestellungen der Psychogerontologie selbständig nach wissenschaftlichen Methoden und Erkenntnissen zu bearbeiten.

(2) ¹Das Thema der Diplomarbeit sowie der Betreuer können vom Kandidaten frei gewählt werden. ²Das Thema der Diplomarbeit bedarf der Zustimmung des Betreuers. ³Interdisziplinäre Fragestellungen können Berücksichtigung finden. ⁴Das Thema der Arbeit, der Tag der Ausgabe und der Name des Betreuers sind aktenkundig zu machen.

(3) ¹Die Diplomarbeit soll nach Abschluss des zweiten Fachsemesters vergeben werden. ²Der Kandidat hat dafür zu sorgen, dass er ein Thema für die Diplomarbeit erhält. ³Gelingt ihm dies nicht, hat er beim Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zu beantragen, dass er unverzüglich ein Thema für die Diplomarbeit erhält. ⁴Die Diplomarbeit ist innerhalb von sechs Monaten nach der Ausgabe des Themas durch den Betreuer vorzulegen. ⁵Der Zeitpunkt der Ausgabe ist aktenkundig zu machen. ⁶Weist der Kandidat vor Ablauf der Frist nach, dass er den Termin aus von ihm nicht zu ver-

trehenden Gründen nicht einhalten kann, kann ihm der Vorsitzende des Prüfungsausschusses eine Nachfrist von höchstens drei Monaten bewilligen. ⁷Wird die Diplomarbeit nicht fristgerecht abgeliefert, so wird sie mit "nicht ausreichend" (5,0) bewertet.

(4) ¹Das Thema der Diplomarbeit kann nur einmal, jedoch nur aus schwerwiegenden Gründen und nur mit der Einwilligung des Vorsitzenden des Prüfungsausschusses, zurückgegeben werden. ²Eine Rückgabe ist nur bis zum Ablauf eines Monats nach Ausgabe des Themas zulässig. ³Für die Ausgabe eines neuen Themas finden die Vorschriften der Absätze 2 und 3 entsprechende Anwendung.

(5) ¹Mit der Diplomarbeit ist eine schriftliche Erklärung des Kandidaten einzureichen, dass er die Arbeit selbständig angefertigt, dabei keine anderen Hilfsmittel als die im Quellen- und Literaturverzeichnis genannten benutzt, alle aus den Quellen und der Literatur wörtlich oder sinngemäß entnommenen Stellen als solche kenntlich gemacht und die Fundstellen einzeln nachgewiesen hat. ²Ferner hat der Kandidat schriftlich zu erklären, dass die eingereichte Arbeit nicht schon bei einer anderen Hochschulprüfung vorgelegt wurde.

(6) ¹Bei Vorlage einer Dissertation mit einschlägigem Thema entfällt die Diplomarbeit. ²Über die Anerkennung des Dissertationsthemas als einschlägig entscheidet der Prüfungsausschuss.

§ 20 Bewertung der Diplomarbeit

(1) ¹Die Diplomarbeit ist von dem Betreuer, der das Thema gestellt hat, und von einem zweiten Gutachter binnen drei Monaten zu beurteilen. ²Bei nicht übereinstimmender Beurteilung entscheidet der Prüfungsausschuss unter Berücksichtigung der Notenvorschläge über die endgültige Bewertung.

(2) Die Bewertung der Diplomarbeit erfolgt nach den in § 10 Abs. 1 aufgeführten Prädikaten.

(3) ¹Wird eine Dissertation anstelle der Diplomarbeit eingereicht, so wird die hierfür erteilte Note übernommen. ²Auf Antrag des Kandidaten kann eine Neubewertung entsprechend der Absätze 1 und 2 unter Zugrundelegung der im Aufbaustudiengang Psychogerontologie verlangten Anforderungen und Bewertungsgesichtspunkte erfolgen.

(4) Ist das Prädikat der Diplomarbeit endgültig "nicht ausreichend" (5,0), so gilt die Prüfung als nicht bestanden.

§ 21 Mündliche Prüfungen

(1) ¹Mündliche Prüfungen werden als Einzelprüfungen oder in Gruppen mit höchstens vier Kandidaten abgenommen. ²Sie dienen der Feststellung gründlicher Kenntnisse des Kandidaten auf dem jeweiligen Prüfungsgebiet.

(2) ¹Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses bestimmt einen Beisitzer, der das Protokoll führt. ²In das Protokoll sind aufzunehmen: Ort und Zeit sowie Zeitdauer der Prüfung, Gegenstand und Ergebnis der Prüfung, die Namen des Prüfers, des Beisitzers und des Kandidaten sowie besondere Vorkommnisse. ³Prüfer und Beisitzer unterzeichnen das Protokoll. ⁴Dieses ist mindestens zwei Jahre aufzubewahren.

(3) Die Note der mündlichen Prüfung setzt der jeweilige Prüfer nach der Notenskala des § 10 Abs. 1 unmittelbar nach Abschluss der mündlichen Prüfung fest.

(4) ¹Studenten, die sich zu einem späteren Termin der gleichen Prüfung unterziehen wollen, werden nach Maßgabe der räumlichen Verhältnisse als Zuhörer zugelassen, es sei denn, der Kandidat widerspricht. ²Die Zulassung erstreckt sich nicht auf die Beratung und Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses.

§ 22 Schriftliche Prüfungen

(1) Schriftliche Prüfungen (Klausurarbeiten) dienen der Feststellung gründlicher Kenntnisse des Kandidaten in dem jeweiligen Prüfungsgebiet und seiner Fähigkeit zu selbständiger Darstellung umgrenzter Probleme in festgesetzter Zeit.

(2) ¹Jede Klausurarbeit wird in der Regel durch zwei Prüfer bewertet. ²Bei unterschiedlicher Bewertung werden die Noten gemittelt; § 10 Abs. 1 Satz 4 Halbsatz 2 gilt entsprechend.

§ 23 Praktische Prüfung (Fallprüfung)

(1) ¹Gegenstand der Prüfung sind ein oder mehrere Fälle oder Fallgeschichten mit entsprechenden Unterlagen (Anamnese, Testergebnisse, Krankenblätter usw.). ²Anhand dieser hat der Kandidat theoretische und praktische Kenntnisse und Fertigkeiten aus den Bereichen Diagnostik, Interventions- und Rehabilitationsmaßnahmen, Kranken- und Altenpflege unter psychologischen und medizinisch-biologischen Aspekten, Erste Hilfe sowie Medikamentenkunde zu belegen.

(2) ¹Die praktische Prüfung wird als Einzelprüfung vor einem Prüfungskollegium abgenommen, das aus einem Psychologen und einem Mediziner besteht. ²Beide Prüfer prüfen etwa gleich lang. ³Die Dauer der Prüfung beträgt etwa 45 Minuten. ⁴Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses bestimmt einen Beisitzer, der das Protokoll führt. ⁵Für den Inhalt des Protokolls gilt § 21 Abs. 2 Sätze 2 bis 4.

(3) ¹Die Note wird von den beiden Prüfern nach der Notenskala des § 10 Abs. 1 unmittelbar nach Abschluss der praktischen Prüfung festgesetzt. ²Bei Nichteinigung der beiden Prüfer gilt die nach dem arithmetischen Mittel errechnete Note. ³Falls diese Note in § 10 Abs. 1 nicht vorgesehen ist, wird zur nächst besseren Note nach § 10 Abs. 1 gerundet.

§ 24 Festlegung des Prüfungsergebnisses der Prüfung, Nichtbestehen der Prüfung

(1) Die Prüfung ist bestanden, wenn die Noten der Diplomarbeit, der Einzelprüfungen und der praktischen Prüfung mindestens "ausreichend" (4,0) lauten.

(2) Ist die Prüfung nicht bestanden oder gilt sie als nicht bestanden, so erhält der Kandidat hierüber einen schriftlichen Bescheid, der die erzielten Noten ausweist und darüber Auskunft gibt, ob und innerhalb welcher Frist die Prüfung wiederholt werden kann.

§ 25 Wiederholung der Prüfung

(1) ¹Jede erstmals nicht bestandene Einzelprüfung, Teilprüfung oder praktische Prüfung kann ohne Berechnung von Maluspunkten einmal wiederholt werden. ²Bei Fehlschlagen des Zweitversuchs (erste Wiederholung) werden Maluspunkte im Umfang der nach der **Anlage** zugeordneten Kreditpunkte berechnet. ³Eine zweite Wiederholung ist zulässig, wenn die Summe der Maluspunkte unterhalb der Schwelle von 16 Punkten bleibt.

(2) ¹Die Wiederholungsprüfung muss spätestens innerhalb von sechs Monaten stattfinden. ²Die Frist wird durch Beurlaubung oder Exmatrikulation nicht unterbrochen. ³§ 3 Abs. 3 Satz 3 gilt entsprechend. ⁴Bei Versäumnis der Frist gilt die Prüfung als endgültig nicht bestanden, sofern nicht dem Kandidaten vom Prüfungsausschuss wegen besonderer, von ihm nicht zu vertretender Gründe eine Nachfrist gewährt wird.

(3) ¹Ist die Prüfung nicht bestanden, weil die Diplomarbeit nicht mit "ausreichend" (4,0) bewertet oder nicht fristgerecht abgeliefert wurde, so kann der Kandidat auf Antrag unverzüglich ein neues Thema erhalten; eine Rückgabe dieses Themas ist nicht zulässig. ²Der Antrag ist spätestens innerhalb von zwei Monaten ab Bekanntgabe der Bewertung der Erstarbeit oder der Mitteilung über das Nichtbestehen der Prüfung zu stellen. ³Versäumt der Kandidat diese Frist, gilt die Prüfung als endgültig nicht bestanden.

(4) ¹Eine zweite Wiederholung der Diplomarbeit ist ausgeschlossen. ²Eine zweite Wiederholung der Prüfung ist im Übrigen nur möglich, wenn nicht mehr als ein Prüfungsteil nicht bestanden ist; Absatz 2 gilt entsprechend.

(5) Die Noten der Wiederholungsprüfungen ersetzen die Noten der vorangegangenen Prüfung.

§ 26 Zeugnis

¹Über die bestandene Prüfung wird innerhalb von vier Wochen ein Zeugnis ausgestellt. ²Dieses enthält Thema und Note der Diplomarbeit, die Noten der Einzelprüfungen und der praktischen Prüfung sowie die Prüfungsgesamtnote. ³Das Zeugnis wird vom Vorsitzenden des Prüfungsausschusses unterzeichnet. ⁴Als Datum des Zeugnisses ist der Tag anzugeben, an dem alle Prüfungsleistungen erfüllt sind.

§ 27 Urkunde

(1) Gleichzeitig mit dem Zeugnis wird dem Kandidaten eine Urkunde mit dem Datum des Zeugnisses ausgehändigt.

(2) ¹Die Urkunde enthält die Prüfungsgesamtnote. ²Die Urkunde wird vom Vorsitzenden des Prüfungsausschusses und vom Dekan der Erziehungswissenschaftlichen Fakultät unterzeichnet.

III. Schlussbestimmungen

§ 28

¹Absolventen, die vor dem 17. August 1996 die Prüfung bestanden haben, wird auf Antrag anstelle der Bezeichnungen "Psychogerontologe/Psychogerontologin" nachträglich der Grad "Diplompsychogerontologe Univ. (postgrad.) beziehungsweise "Diplompsychogerontologin Univ. (postgrad.)" verliehen. ²Der Antrag muss bis zum 17. August 1997 gestellt werden.

§ 29

Diese Prüfungsordnung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft¹⁾.

.....
¹⁾ Tag der ursprünglichen Bekanntmachung ist der 20. Juni 1986

Anlage

Prüfungsfächer einschließlich der Teilfächer	Prüfungsrelevante SWS	Zahl der Kredit- / Punkte	Maluspunkte	Form der Ablegung der Prüfungsleistung	Dauer der Prüfung
1	2	3	4	5	6
1. Gerontopsychologie	8				
1.1 Einführung i.d. Gerontologie	2	1	1	schriftlich	60 min
1.2. Gedächtnis- und Kognitionspsychologie	2	1	1	schriftlich	60 min
1.3. Grundlagen-Seminar	2	1	1	Referat oder Hausarbeit	2 Wochen
1.4. Hauptseminar	2	2	2	Referat oder Hausarbeit	4 Wochen
2. Methodologie in der Gerontologie	8				
2.1. Einführung in Statistik I	2	1	1	schriftlich	60 min
2.2. Einführung in Statistik II	2	1	1	schriftlich	60 min
2.3. Theoriebildung i.d. Gerontologie	2	1	1	Referat oder Hausarbeit	2 Wochen
2.4. Hauptseminar	2	2	2	Referat oder Hausarbeit	4 Wochen
3. Gerontologische Diagnostik und Psychometrie	8				
3.1. Psychometrie I	2	1	1	schriftlich	60 min
3.2. Psychometrie II (HS)	2	2	2	Referat oder Hausarbeit	4 Wochen
3.3. Psychometrie III	2	1	1	Referat oder Hausarbeit	2 Wochen
3.4. Exploration	2	1	1	Referat oder Hausarbeit	2 Wochen
4. Gerontologische Intervention	8				
4.1. Einführung i.d. Intervention	2	1	1	schriftlich	60 min
4.2. Praxis d. Intervention (mit Exkursion)	2	1	1	Referat oder Hausarbeit	2 Wochen
4.3. Interventions-Seminar	2	1	1	Referat oder Hausarbeit	2 Wochen
4.4. Hauptseminar	2	2	2	Referat oder Hausarbeit	4 Wochen
5. Geriatrie	4.5				
5.1. Geriatrie I	1.5	1	1	schriftlich	60 min
5.2. Geriatrie II	1.5	1	1	schriftlich	60 min

Prüfungsfächer einschließlich der Teilfächer	Prüfungsrelevante SWS	Zahl der Kredit-/	Maluspunkte	Form der Ablegung der Prüfungsleistung	Dauer der Prüfung
1	2	3	4	5	6
5.3. Geriatrie III	1.5	1	1	schriftlich	60 min
6. Gerontopsychiatrie	4.5				
6.1. Gerontopsychiatrie I	1.5	1	1	schriftlich	60 min
6.2. Gerontopsychiatrie II	1.5	1	1	schriftlich	60 min
6.3. Gerontopsychiatrie III	1.5	1	1	schriftlich	60 min
7. Ernährung und Stoffwechsel	1	1	1	schriftlich	60 min
8. Sportwissenschaft	4				
8.1. Sport I	2	1	1	schriftlich	60 min
8.2. Sport II oder III	2	1	1	Jeweils eine Lehrprobe: Ausarbeitung und Durchführung einer Übungseinheit	20-30 min
9. Soziologie (wahlweise Gerontosoziologie I, II oder III)	2	2	2	Referat oder Hausarbeit	4 Wochen
10. Sozialpolitik	2	2	2	Referat oder Hausarbeit	4 Wochen
11. Verwaltung und Organisation	2	1	1	Referat oder Hausarbeit	2 Wochen
12. Recht	2	1	1	schriftlich	60 min
13. Pädagogik	2	1	1	Referat oder Hausarbeit	2 Wochen
14. Ethik	2	1	1	Referat oder Hausarbeit	2 Wochen
15. Diplomarbeit	X	16	16	X	X
16. Praktische Prüfung	X	9	9	X	X
SUMME	58	62	62	X	X